



Protokollauszug zum MOBILITÄTS- UND UMWELTAUSSCHUSS

am Donnerstag, 20.11.2025, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 Baumaßnahme "Erneuerung der
Eisenbahnüberführung August-Bebel-Straße"
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

BM **Mannl** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Nachdem es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft er Tagesordnungspunkt 1 auf.

Es erfolgt ein Bericht durch einen **Vertreter** der DB InfraGO AG anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

BM **Mannl** eröffnet die Aussprache. Er geht auf die Sperrpausen ein. In dieser Zeit gebe es auch keine Durchwegung für den Fuß- und Radverkehr. Die Stadt habe kein Ausweitungsverlangen beantragt.

Stadträtin **Dr. Knoß** fordert die Anbringung eines Taubenschutzes. Sie sorgt sich um den Busverkehr und fragt, ob ein Ersatzfahrplan notwendig sei. Sie weist auf den Schülerradverkehr Richtung Waldorfschule hin. Die Schulen müssen hierzu unterrichtet werden. Zudem fragt sie, ob für die Baustelleneinrichtung Baumfällungen notwendig seien.

Stadtrat **Passaro** befürchtet massive Verspätungen. Zeitgleich sollen weitere Baustellen vermieden werden.

Die Strecke werde stark von Fußgängern frequentiert, merkt Stadtrat **Peifer** an.

Stadträtin **Liepins** wünscht eine enge Abstimmung mit der Verwaltung und der LVL.

Stadtrat **Ziemann** wünscht Information zu den verschiedenen Bauabschnitten.

Stadtrat **Haag** fragt nach dem Zeitpunkt der Fertigstellung der Abelstraße.

Das neue Bauwerk werde einen modernen Taubenschutz erhalten, so ein **Vertreter** der DB InfraGO AG. Er geht auf die verschiedenen Bauabschnitte ein. Die neue Eisenbahnüberführung sei erst für das Jahr 2029 vorgesehen. Bis dahin werde der Verkehr über die Hilfsbrücken geführt. Es müssen Bäume gefällt werden, die

TOP 1

Baumaßnahme "Erneuerung der
Eisenbahnüberführung August-Bebel-Straße"
- mündlicher Bericht

Nachpflanzung sei an gleicher Stelle vorgesehen. Die Platzverhältnisse vor Ort seien sehr beengt. Die Maße bleiben wie bisher, andere Wünsche müssen von der Stadt getragen werden.

Man werde in dieser Zeit eine Einbahnstraße einrichten, die Richtung sei derzeit noch nicht final geklärt, fügt ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität hinzu. Der Busverkehr werde in einem Zweirichtungsverkehr geführt. Man versuche zeitgleich weitere Maßnahmen der SWLB und des Fachbereiches Tiefbau und Gebäudewirtschaft in der Abelstraße zu vermeiden, so die Absprache in der Fachrunde Verkehr.

Die Baumaßnahmen 2026 werden in der Januarsitzung vorgestellt, so BM **Mannl**. Er stellt die Kenntnisnahme des Gremiums fest.

TOP 2

Satzung für die verkaufsoffenen Sonntage
(VOS) für die nächsten 5 Jahre
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 285/25

Beschlussempfehlung:

Die nachstehende Satzung über das Offenhalten von Verkaufsstellen

am 22.03.2026 anlässlich des „Ludwigsburger Märzklopfens“ (Ludwigsburg
Innenstadt)

am 11.10.2026 anlässlich des „Ludwigsburger Kastanienbeutelfests“ mit Herbstmarkt
(Ludwigsburg Innenstadt)

wird genehmigt.

Zusätzlich werden die verkaufsoffenen Sonntage bis 2030 jeweils aus Anlass des
„Ludwigsburger Märzklopfens“ und aus Anlass des „Ludwigsburger
Kastanienbeutelfests“ genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen
einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Tübek

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Der **stellvertretende Leiter** des Fachbereiches Sicherheit und Ordnung geht anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Vorlage ein.

BM **Mannl** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Wiedmann** teilt mit, dass ihre Fraktion eine unterschiedliche Meinung vertrete. Es werde ein optimiertes Mobilitätskonzept gewünscht. Sie beantragt den Zeitrahmen auf vier Jahre zu verkürzen.

Stadtrat **Meyer** geht auf die große Bedeutung der verkaufsoffenen Sonntage ein. Er befürwortet den Verwaltungsvorschlag.

Stadtrat **Peifer** stimmt der Vorlage ebenso zu, wenngleich das Verkehrsleitsystem angepasst werden solle.

Stadtrat **Maier** lobt die gute Vorplanung und signalisiert seine Zustimmung, wie auch Stadtrat **Ziemann** und Stadtrat **Haag**.

BM **Mannl** lässt über den Antrag von Stadträtin Wiedmann, die Zeitdauer auf 2029 zu verkürzen, abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 3 Ja- Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Tübek

Im Anschluss lässt BM **Mannl** über die Vorlage abstimmen.

abweichende Beschlussempfehlung:

1. Der in der Vorlage 210/25 vorgeschlagenen Planung (Anlage 1: Lageplan RS 8) für die Umgestaltung der Alleenstraße bzw. Friedrich-Ebert-Straße zwischen Seestraße und Oststraße wird mit der Ergänzung von sieben Parkplätzen in der Alleenstraße zugestimmt.
- 2.1 Die Kosten für die Umsetzung des Abschnitts 1: Alleenstraße in Höhe von etwa 1,85 Mio. € werden vorbehaltlich der dargestellten Förderung und der Genehmigung des Haushaltsplan 2026ff genehmigt.
- 2.2 Die Kosten für die Umsetzung des Abschnitts 2: Friedrich-Ebert-Straße vor dem Forum in Höhe von etwa 2,26 Mio. € werden vorbehaltlich der dargestellten Förderung und der Genehmigung des Haushaltsplans 2026ff genehmigt.
- 2.3 Die Kosten für die Umsetzung des Abschnitts 3: Friedrich-Ebert-Straße im weiteren Verlauf in Höhe von etwa ~~4,68~~ **4,53** Mio. € werden vorbehaltlich der dargestellten Förderung und der Finanzierbarkeit im Haushaltsplan ab 2030ff genehmigt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Förderanträge gemäß Radschnellwegeprogramm und „NKK – Natürlicher Klimaschutz in Kommunen“ fristgerecht einzureichen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die unter 2.1 bis 2.3 beschlossenen Abschnitte umzusetzen und die Ausschreibung und Vergabe der Arbeiten vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der geänderte Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Tübek

Der geänderte Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität geht anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Vorlage ein.

BM **Mannl** eröffnet die Aussprache. Er hebt die hohe Unterstützung für dieses Projekt hervor, insbesondere durch den NABU für eine Baumspendenzusage in Höhe von 35.000 Euro.

Stadträtin **Dr. Knoß** hofft heute auf ein einstimmiges Beschlussergebnis. Sie lobt die gute Förderkulisse. Die Maßnahme müsse gemacht werden. Es werden alle Verkehrsteilnehmer davon profitieren, sagt sie überzeugt. Die verbleibenden 7 Parkplätze seien eine starke verkehrliche Behinderung für den Radverkehr und sie spricht sich gegen diese aus. Der Lehrkräfteparkplatz sowie die Parkhäuser in der Umgebung seien ausreichend. Sie regt an, dass die SWLB vergünstigte Parkplätze für Sportlerinnen und Sportler anbieten könne. Zudem plädiert sie auf die Verlegung der „Ludwigsburger Platte“ zu verzichten, hierdurch können weitere Kosten eingespart werden.

Stadtrat **Passaro** lobt die neue Präsentation und zeigt sich froh über die Hartnäckigkeit und das Einsparpotential. Seine Fraktion spricht sich für zehn anstatt nur sieben Parkplätze an der Sporthalle aus. Zudem sieht er keine Notwendigkeit für die Verlegung der „Ludwigsburger Platte“ vor dem Polizeipräsidium.

Stadtrat **Peifer** lobt grundsätzlich die jetzige Planung. Er sieht ebenso im Verzicht auf die Verlegung der „Ludwigsburger Platte“ weiteres Einsparpotential.

Stadträtin **Liepins** appelliert an das Gremium zu einem heutigen Empfehlungsbeschluss und wird dem Verwaltungsvorschlag zustimmen. Die Diskussion um die Anzahl der Parkplätze solle nicht erneut aufkommen. Die Anzahl der 7 Plätze sehe sie als Kompromiss an. Sie fragt, welche Einsparsumme durch einen asphaltierten Belag anstatt der „Ludwigsburger Platte“ generiert werden könne.

Stadtrat **Ziemann** befürwortet den Erhalt von 10 Stellplätzen. Zudem sehe er keine Problematik hinsichtlich des bisherigen Pflasterbelages.

Stadtrat **Haag** befürchtet durch die Bäume am Radweg eine Unfallhäufigkeit. Die Anzahl der sieben Parkplätze sehe er als einen Kompromiss an. Er fragt, ob während der Bauphase der Zugang zum Bärenwiesenparkplatz gegeben sei. Zudem will er wissen, ob sich die Änderung des Belages auf die Fördermittel auswirke.

Stadtrat **Meyer** will wissen, ob die Maßnahme von der derzeitigen Krähenproblematik am Schulcampus betroffen sei. Er geht auf die Parksituation ein und merkt an, dass der Bedarf an Stellplätzen durchaus gesehen werde.

Der Bereich sei aktuell von der Krähenproblematik nicht betroffen, antwortet BM **Mannl**. Er erinnert an die Bewegungsachsen zum Forum und wirbt für die Verlegung der „Ludwigsburger Platte“, wie auch in der Alleenstraße als Verlängerung des Schulcampus.

Aufgrund eines einheitlichen Erscheinungsbildes empfehle die Verwaltung anstatt eines asphaltierten Belages die Verlegung der „Ludwigsburger Platte“, so eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität. Vor dem Forum liege bereits dieser hochwertigere Belag, der typisch für die Innenstadt und die Fußgängerzone

sei. Der Fördermittelgeber gebe nicht das Material vor. Die Einsparsumme für den Bereich vor der Polizei liege bei rund 145.000 Euro. Für die Baustelleneinrichtung entfalle 1 Parkplatz.

BM **Mannl** stellt fest, dass sich das Gremium darauf einigt, auf die Verlegung der „Ludwigsburger Platte“ vor dem Polizeipräsidium zu verzichten, um weitere Kosten einzusparen.

Stadträtin **Wiedmann** regt eine kostenlose Parkierung für Übungsleitende an.

BM **Mannl** merkt an, dass die öffentlichen Parkplätze bewirtschaftet seien.

BM **Mannl** formuliert eine geänderte Beschlussempfehlung, wie oben kursiv eingefügt und lässt über diese abstimmen.

Beschluss:

1. Die Verwaltung erstellt jeweils zum Jahresanfang eine Informationsvorlage in Form einer Stellplatzbilanz, die über entfallene sowie neu geschaffene Stellplätze aus dem Vorjahr informiert.
2. Straßensanierungen, bei denen mehr als zehn Stellplätze entfallen, sind dem Mobilitäts- und Umweltausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Tübek

Beratungsverlauf:

Der **stellvertretende Leiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität geht auf die Vorlage ein.

BM **Mannl** eröffnet die Aussprache und erteilt der antragstellenden Fraktion das Wort.

Stadtrat **Passaro** geht mit dem Verwaltungsvorschlag mit und sieht den CDU-Antrag Nr. 309/24 mit der heutigen Beratung als erledigt an.

Stadträtin **Wiedmann** kündigt an, dass ihre Fraktion der Vorlage nicht zustimmen werde. Der bürokratische Aufwand rechtfertige nicht die Notwendigkeit.

Die Stadträte **Zeltwanger, Maier, Ziemann** und **Haag** signalisieren ihre Zustimmung.

Nach dieser Aussprache lässt BM **Mannl** über die Vorlage abstimmen.

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 4.

Stadtrat **Passaro** teilt mit, dass der Antrag mit der heutigen Beratung als erledigt anzusehen sei.

BM **Mannl** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung. Im Anschluss findet eine öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses Stadtentwässerung statt.

Beratungsverlauf:

Siehe separates Protokoll des Betriebsausschusses Stadtentwässerung Ludwigsburg.

TOP 6

TOP BASEL

Beratungsverlauf:

Siehe separates Protokoll des Betriebsausschusses Stadtentwässerung Ludwigsburg.

TOP 7

TOP BASEL

Beratungsverlauf:

Siehe separates Protokoll des Betriebsausschusses Stadtentwässerung Ludwigsburg.

TOP 8

TOP BASEL

Beratungsverlauf:

Siehe separates Protokoll des Betriebsausschusses Stadtentwässerung Ludwigsburg.